
AW: Einreichung Petition an Ihre Fraktion



From Dialog <dialog@dielinkebt.de>
To PatriotPetition.org <info@patriotpetition.org>
Date 2026-10-07 11:32

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Nachricht. Auch die Fraktion Die Linke im Bundestag kritisiert die Befugnisausweitung der Geheimdienste.

"Innenminister Dobrindt schafft mit seiner geplanten Reform das historische Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten ab. Wer Nachrichtendiensten operative Eingriffsrechte, Sabotagebefugnisse und staatliche Hackbacks an die Hand gibt, plant eine neue deutsche Geheimpolizei. Das ist geschichtsvergessen und verantwortungslos. Die Bundesregierung gibt eine zentrale Lehre aus den Verbrechen des Nationalsozialismus auf, nur um endlich mit jenen Geheimdiensten mithalten zu können, die seit Jahrzehnten mit dreckigen Methoden weltweit großen Schaden anrichten", erklärt Clara Bünger, stellvertretende Vorsitzende und innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, zur geplanten Reform der Geheimdienste, die am Mittwoch im Bundeskabinett beschlossen werden soll. Bünger weiter: "Die neuen Überwachungsbefugnisse überschreiten jedes verfassungsrechtlich vertretbare Maß. Der Entwurf erlaubt KI-gestützte Persönlichkeitsprofile, automatisierte Verhaltensanalysen und flächendeckende biometrische Gesichtserkennung, zum Beispiel an Bahnhöfen. Der BND greift künftig massenhaft Daten an deutschen Internetknotenpunkten ab, obwohl kein Filter Inlandsdaten verlässlich schützt. Gleichzeitig lassen staatliche Hackbacks IT-Sicherheitslücken bewusst offen. Die Bundesregierung riskiert damit vorsätzlich die digitale Sicherheit von uns allen. Während die Befugnisse uferlos ausgeweitet werden, schränkt die Bundesregierung die rechtsstaatliche Kontrolle ein. Der sogenannte Unabhängige Kontrollrat wird eine zahnlose, unterbesetzte Scheininstitution bleiben. Weil die Geheimdienste Betroffene künftig in vielen Fällen nicht mehr informieren müssen, ist effektiver Rechtsschutz nicht mehr gewährleistet. Wer von Überwachung nichts erfährt, kann sich auch nicht dagegen wehren. Wir stellen uns dem autoritären Umbau des Staates konsequent entgegen. Für die Linke ist weiterhin klar: Es darf in Deutschland nie wieder eine Geheimpolizei geben."

Zur öffentlichen Anhörung des Parlamentarischen Kontrollgremiums erklärte Bünger: "Die heutige Anhörung hat erneut gezeigt, wie gefährlich die geplante Geheimdienstreform ist. Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Sinan Selen, konnte insbesondere keine überzeugende Antwort auf die Frage geben, wie verhindert werden soll, dass die AfD Zugriff auf sensible Daten erhält und diese zur Verfolgung politischer Gegner:innen nutzt. Das zeigt ein erschreckendes Maß an Verantwortungslosigkeit. Die AfD steht in Umfragen bundesweit bei 30 Prozent. Es ist kein abwegiges Szenario, dass sie zeitnah den Bundesinnenminister stellen und damit die Kontrolle über das Bundesamt für Verfassungsschutz erlangen könnte. Damit würden ihr bislang ungekannte staatliche Machtmittel zur Verfügung stehen. Die AfD macht keinen Hehl daraus, dass sie gegen Menschen und zivilgesellschaftliche Strukturen vorgehen wird, die nicht in ihr politisches Weltbild passen. Ausgerechnet jetzt die Befugnisse der Geheimdienste beispiellos auszuweiten und zugleich ihre parlamentarische Kontrolle zu schwächen, ist brandgefährlich. Die Bundesregierung schafft eine Architektur für willkürliche Überwachung und politische Verfolgung. Das ist unter einer Union-SPD-geführten Regierung bereits hochproblematisch. In den Händen einer AfD-Regierung potenziert sich diese Gefahr."

Die Ermittlungen gegen den Ex-BND-Chef Hanning zeigen erneut: Die Geheimdienste sind selbst ein Sicherheitsrisiko. Das wissen wir nicht erst seit den Verstrickungen des Verfassungsschutzes in die Mordserie der Neonazi-Terroristen vom NSU. Dass ein Mann wie Hans-Georg Maaßen bis vor wenigen Jahren einen deutschen Geheimdienst geleitet hat, spricht ebenfalls Bände. Insofern passen die heute bekannt gewordenen Vorwürfe leider gut in das Bild der deutschen Dienste. Fatal ist, dass den Geheimdiensten ausgerechnet jetzt noch mehr Befugnisse verschafft werden sollen. Noch im November soll eine neue deutsche Geheimpolizei geschaffen werden. Zugleich wird die gerichtliche und parlamentarische Kontrolle systematisch unmöglich gemacht. Dabei braucht es das Gegenteil: weniger Überwachungsbefugnisse und mehr demokratische Kontrolle."

Wir hoffen, wir konnten unsere Ablehnung der Pläne deutlich machen.

Mit freundlichen Grüßen
Nicklas Kurzweil

Nicklas Kurzweil
Mitarbeiter Bürgerdialog

Fraktion Die Linke im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
+49 30 227-50998
dialog@dielinkebt.de
www.dielinkebt.de

Links wirkt: Sozial. Gerecht. Friedlich.
